

CHANCEN GEBEN! KINDERARMUT

Das Recht auf angemessene Lebensbedingungen und die damit einhergehenden Rechte auf Bildung und Gesundheit werden in Deutschland zunehmend weniger erfüllt. Das widerspricht sowohl der UN-Kinderrechtskonvention als auch dem Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010.

Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland sind derzeit von Armut betroffen.

Nach Angaben des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen vom Mai 2008 verfügen ca. 2,4 Mio. Kinder und Jugendliche in 1,4 Mio. Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60% des gewichteten Medianeinkommens liegt. Die Armutsrisikoquote der unter 18-jährigen liegt damit bei 17,3%. Gleichzeitig wird festgestellt, dass Kinder und Jugendliche umso häufiger von Armut betroffen, je älter sie sind. Dies gilt insbesondere für Jugendliche von 15 Jahren bis unter 18 Jahre. Bezieht man diese Armutsrisikoquote (aus dem Jahre 2005) auf die aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die die Personen in Bedarfsgemeinschaften nach SGB II ausweist, schließt die Minderjährigen im Sozialhilfebezug nach SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie eine vorsichtig geschätzte Dunkelziffer mit ein, so sind rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland derzeit von Armut betroffen. Damit ist klar: Keine andere gesellschaftliche Altersgruppe ist so stark von Armut betroffen wie Kinder und Jugendliche. Die vorliegenden Daten der Bundesagentur für Arbeit belegen deutlich, dass die Kinderarmut höher ist als die von Erwachsenen. Besonders schwierig ist die Situation in Familien mit nur einem Elternteil und für Kinder aus Zuwandererfamilien. Sie wachsen deutlich häufiger in Armut auf, als deutsche Kinder.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland zwar im Mittelfeld, doch gerade die Tatsache, dass der konjunkturelle Aufschwung nicht zu einer Abnahme der Kinderarmut beigetragen hat, macht deutlich, dass wir ein strukturelles Problem haben, dem Politik und Gesellschaft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kompetenzen entgegentreten müssen. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Engagement, denn Armut und Ausgrenzung ist ein Problem der ganzen Gesellschaft. Mit jedem Monat Untätigkeit werden armen Kindern weitere Bildungs- und Entwicklungschancen geraubt – und damit auch ein Stück Zukunft für sie und unsere Gesellschaft. Deshalb legt das Deutsche Kinderhilfswerk einen umfangreichen Forderungskatalog zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland vor, der folgende Kernpunkte beinhaltet:

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin

Fon: +49 30 308693-0

Fax: +49 30 2795634

E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de

Bankverbindungen:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto-Nr.: 333 11 00

Spendenkonto: 333 11 11

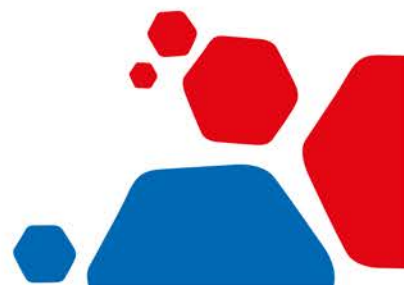
Vereinsregister-Nummer:
AG Charlottenburg 15507 B

USt-ID: DE167064766

Anerkannter Träger der freien
Jugendhilfe (§ 75 KJHG)

Mitglied im PARITÄTISCHEN
Wohlfahrtsverband

Mitglied im
Deutschen Spendenrat



Position >>>12

1. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert ein Nationales Programm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland und einen eigenständigen Bericht der Bundesregierung zur Kinderarmut. Die Bundesregierung soll dazu gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein umfangreiches Maßnahmenpaket mit konkreten Zielvorgaben vorlegen, mit dem der Kinderarmut wirkungsvoll begegnet werden kann.
2. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung. Diese soll den allgemeinen und individuellen Bedarfen von Kindern Rechnung tragen und den bestmöglichen Zugang zu Bildung, Freizeit und gesunder Ernährung beinhalten.
3. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die Schaffung gezielter Mitbestimmungs- und Mitwirkungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie qualifizierte Begleitung bei ihrer Mitwirkung in Kommune, Schule und Kita durch interkulturelle, integrativ-pädagogische bzw. niederschwellige Beteiligungsangebote.
4. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert verstärkte Anstrengungen die Chancengleichheit im deutschen Schulsystem zu bekämpfen. Dazu ist ein nach oben durchlässiges Schulsystem, individuelle Förderprogramme für benachteiligte Schüler/-innen, der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule und Lernmittelfreiheit anzustreben.
5. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die vollständige staatliche Ausfinanzierung von Betreuungsangeboten vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt und eine Anpassung der personellen Ausstattung in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung an die EU-Richtlinien. Ferner sind Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter/-innen sowie ein verbindliches Bildungsprogramm bis zum zehnten Lebensjahr zu entwickeln, das auch die Ressourcen und Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder in den Mittelpunkt stellt.
6. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die gezielte Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund über ein Bildungsprogramm, das um interkulturelle Inhalte ergänzt wird und eine gezielte Sprachförderung sicherstellt. Weiterhin ist die Verbesserung der gesundheitlichen Beratung und Versorgung von Familien mit Migrationshintergrund durch eine verstärkte Öffnung und Erweiterung der bestehenden Gesundheitsdienste voran zu treiben.
7. Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert die gezielte Bewegungsförderung und die gesunde Ernährung als Schwerpunktthemen in Kita und Schule, insbesondere in Brennpunktgebieten, sowie kostengünstige Zugänge zu Freizeit- und Ferienangeboten.

Weitere Positionspapiere:

- 01 Wahlrecht für Kinder und Jugendliche
- 02 Beteiligung in Städten und Gemeinden
- 03 Bundesbeauftragter für Kinderrechte
- 04 Kinderrechte ins Grundgesetz
- 05 Vorbehaltserklärung UN-KRK
- 06 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund
- 07 Recht auf Bildung für alle Kinder
- 08 Länger gemeinsam lernen
- 09 Kinder und Internet
- 10 Gesunde Ernährung
- 11 Kinderfreundliche Stadtgestaltung
- 12 **Kinderarmut**
- 13 Mehr Toleranz für Kinderlärm
- 14 Jugendgewalt
- 15 Teen Courts
- 16 Vorschulische Bildung
- 17 Schulische Bildung
- 18 Kinder und Sucht
- 19 Straßenkinder
- 20 Kinderarbeit
- 21 Mehr Raum und Zeit für Kinderspiel
- 22 Nichtrauchererschutz für Kinder und Jugendliche
- 23 Ferienspaß für alle Kinder
- 24 Kinderarmut und Ernährung
- 25 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- 26 Betreuungsgeld
- 27 Jugendmedienschutz